



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in dieser Sitzungswoche wurde der neue Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier vereidigt. Ich freue mich, dass er eine klare Haltung gegenüber den unsäglichen Vorwürfen türkischer Politiker und allen voran durch Präsident Recep Tayyip Erdogan gezeigt hat. Der Bundesregierung Nazi-Methoden vorzuwerfen zeugt wirklich von hundertprozentiger Unkenntnis der Geschichte und kann nur als bewusste Provokation und Beleidigung gewertet werden.

Dennoch bin ich froh, dass unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel in ih-

rer gewohnt besonnenen Art reagiert hat. Denn wir haben sehr wohl Druckmittel gegenüber Ankara, wie etwa die Nichtgenehmigung von neun weiteren Rüstungsgeschäften belegt. Aber auch um die Abstimmung über das Referendum in Deutschland durchführen zu können, braucht Ankara die Zustimmung der Bundesregierung.

Am Samstag begehen wir den 60. Jahrestag der Römischen Verträge, womit der Grundstein zur heutigen Europäischen Union gelegt wurde. Auf diesen Jahrestag können gerade wir Deutsche mit besonderem Stolz blicken, hat uns die Aufnahme in die damalige Europäische Wirt-

schaftsgemeinschaft EWG nach einem verlorenen Weltkrieg die Integration in eine demokratische Staatengemeinschaft geebnet. Wir haben sowohl wirtschaftlich als auch politisch von dieser europäischen Gemeinschaftsinstitution profitiert. Darum sollten wir alles tun, damit diese Einrichtung ihren bisher schon so erfolgreichen Kurs weiterführen kann.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre,

Ihr

Besuch philippinischer Menschenrechtsaktivisten

Am Dienstag besuchten mich Johannes Icking, Koordinator des Aktionsbündnisses Menschenrechte Philippinen und die

philippinische Menschenrechtsaktivistin Dr. Nymia Pimentel in Berlin um mich über die aktuelle Menschenrechtssituation zu in-

formieren. Pimentel berichtete von dem furchtbaren "Krieg gegen die Drogen" der Regierung Duterte.

Duterte hat europäische Parlamentarier als Verrückte und Hurensöhne beschimpft und damit gedroht sie aufzuhängen, weil sie die von ihm geplante Wiedereinführung der Todesstrafe kritisiert hatten.



Menschenrechtspolitik kritischer betrachten

In der öffentlichen Anhörung verschiedener Experten zum 12. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung für den Zeitraum März 2014 bis September 2016 im Menschenrechtsausschuss wurde von den Sachverständigen eine kritischere diskursive Betrachtung menschenrechtspolitischer Entwicklungen angemahnt. Der Bericht, in dem es um eine Bestandaufnahme nationaler und internationaler Maßnahmen in der Menschenrechtspolitik geht, bleibt laut Michael Krennerich vom Nürnberger Menschenrechtzentrum hinter seinen Möglichkeiten einer evaluativen Analyse sowie einer attraktiveren Aufarbeitung relevanter Themen für die Öffentlichkeit zurück.

Die Abgeordneten des Menschenrechtsausschusses

stellten zudem fest, dass wichtige menschenrechtliche Themen zum Teil eine geringere Wertschätzung durch die Bundesregierung erhalten haben als erforderlich. Ich denke da zum Beispiel an das seit Jahren bekannte Thema des Organraubs und Organhandels in China, für das schon lange eine Debatte im Bundestag überfällig ist. Den Entwurf eines Entschließungsantrages nach dem Vorbild der EU werde ich in den nächsten Wochen weiter nach vorne bringen.

Glaubwürdige Menschenrechtspolitik bedeute, so Martin Lessenthin von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte IGfM, nicht nur aus rein diplomatischen Gründen Rücksicht zu üben, sondern auch tatsächliche Menschenrechtsverlet-

zungen zu benennen. Für die Menschenrechtspraxis sei es u.a. notwendig, Menschenrechtsverteidiger oder Verfolgte zu unterstützen. Für mich stärkt dieses Votum mein Engagement für den inhaftierten Blogger Nguyen Huu Vinh in Vietnam.

Einen neuen Aspekt in der Betrachtung des Berichtes ist die zunehmende Einschränkung der Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen weltweit, das sogenannte „shrinking Space“, besonders in autoritären oder sich autokratisch entwickelnden Staaten mit dem Ziel der Machterhaltung und der Untergrabung der Demokratie. Ein Thema, dem wir uns in Zukunft weit mehr als bisher widmen müssen.

Besuch der Ehefrau des inhaftierten Bloggers aus Vietnam

Thi Minh Ha, Ehefrau des inhaftierten vietnamesischen Bloggers Nguyen Huu Vinh, und Vu Quoc Dung von VETO Human Rights Defenders´ Network, Germany, waren zum Gespräch bei mir im Büro am 23.03.2017 anlässlich des ersten Jahrestages der Gerichtsverhandlung des Menschenrechtlers. Im Rahmen meiner Patenschaft „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ plane ich für Juni 2017 einen Besuch bei ihm im Gefängnis.



Bundförderung für Breitbandausbau in Frankfurt (Oder)

Der Ausbau des Breitbandnetzes in Frankfurt (Oder) macht einen großen Schritt nach vorne. Am Dienstag (21.3.2017) konnte Oberbürgermeister Martin Wilke im Bundesverkehrsministerium in Berlin den Fördermittelbescheid über insgesamt 4.368.235 Euro entgegennehmen. Das Land Brandenburg stellt noch einmal

den gleichen Betrag zur Verfügung. Mit dem Geld sollen noch bestehende Lücken bei der Breitbandversorgung im Stadtgebiet bis Ende 2018 geschlossen werden.

Der Bund hat ein unkompliziertes und schnelles Antrags- und Bewilligungsverfahren entwickelt, von dem viele Kommunen in Brandenburg nun profitieren.

Mein Dank gilt daher insbesondere Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt und seinem Staatssekretär Enak Ferlemann. Für uns als Parlamentarier war es keine Frage, dass wir auch die rund eine Milliarde Euro für die jetzige Förderrunde bereitstellen. Das ist gut und langfristig angelegtes Geld für den Standort Deutschland.



Foto: Wirtschaftsreferent Mario Quast, Oberbürgermeister Dr. Martin Wilke, Staatssekretär Enak Ferlemann, der Projektverantwortliche für das Thema Digitalisierung, Jörg Friedemann (v.l.n.r.)

Gleiche Rahmenbedingungen für alle Apotheken

KundInnen einer Online-Versand-Apotheke senden derzeit Protestkarten und Briefe an die Büros der Bundestagsabgeordneten. Auch ich habe fast tausend Karten und Briefe erhalten. Da ich nicht jede einzelne beantworten kann, möchte ich mich auf diesem Wege äußern.

Die Arzneimittelverordnung bestimmt, dass verschreibungspflichtige Arzneimittel in Deutschland nur zu einem festen Preis abgegeben werden dürfen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat im letzten Jahr entschieden,

dass diese Regelung eine nicht gerechtfertigte Beschränkung des freien Warenverkehrs für Versandapotheken aus dem europäischen Ausland darstellt. Damit haben Versandapotheken im europäischen Ausland jetzt einen klaren Wettbewerbsvorteil, da sie Versicherten – anders als inländische Apotheken – Preisnachlässe gewähren können.

Ziel unserer Gesundheitspolitik sollte es sein, gleiche Rahmenbedingungen für alle Apotheken zu schaffen, so dass auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige, flä-

chendeckende Arzneimittelberatung und -versorgung vor Ort von akut oder chronisch kranken Patienten sichergestellt ist. Im Notfall kann jeder von uns auf die Apotheke vor Ort angewiesen sein. Ein Preiswettbewerb beim Arzneimittelverkauf würde aber vor allem zu Lasten kleiner Apotheken im ländlichen Raum gehen.

Daher unterstütze ich den Gesetzentwurf von Bundesgesundheitsminister Herman Gröhe, der ein generelles Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln vorsieht.

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer
Amei Stock

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439

martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36

Fax 0335/276 294 37

martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Ostdeutschland beim Netzentgelt entlasten

In dieser Woche fand die erste Lesung des Netzentgeltmodernisierungsgesetzes statt, das ich in der jetzigen Form nicht gutheißen kann. Das Ziel aller ostdeutschen Abgeordneten der CDU-Bundestagsfraktion ist die Umsetzung des Koalitionsvertrages. Dort haben wir eine faire Lastenteilung der energiebedingten Netzausbaukosten vereinbart. Es kann nicht sein, dass die einen die Kosten für die Stromleitungen bezahlen, damit die anderen dafür in den Genuss billigen Stroms gelangen.

In einem früheren Gesetzesentwurf aus dem

Bundeswirtschaftsministerium wurde die Problematik der Kostenverteilung ernsthaft angegangen. Die jetzt vorliegende und noch vom früheren Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) zu verantwortende Version ist jedoch eindeutig dem SPD-Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen geschuldet. Unternehmen an Rhein und Ruhr werden geschont, während im Osten eine weitere De-Industrialisierung billigend in Kauf genommen wird. Hauptsache die Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen werden bis zur Wahl gesichert.

Betrachtet man die Kos-

tenunterschiede für die Stromnetznutzung zwischen Ostdeutschland und Netzgebieten in Nordrhein-Westfalen, so wird der gravierende Wettbewerbsvorteil deutlich. Eine Bäckerei in Brandenburg zahlt für ihren Strom Netzkosten in Höhe von 8.000 Euro. Ein vergleichbarer Betrieb in Nordrhein-Westfalen muss dagegen für die gleiche Strommenge weniger als 3.000 Euro aufwenden.

Die Energiewende ist ein gesamtdeutsches Projekt und damit sind die Kosten gesamtdeutsch zu tragen.

Zuschussförderung für Einbruchschutzmaßnahmen

Zum besseren Schutz vor Einbrechern hat die Bundesregierung die Förderung von präventiven baulichen Maßnahmen verbessert. Ab sofort kann ein Zuschuss in Höhe von 10 Prozent der investierten Mittel bereits ab einer Baumaßnahme von 500 Euro bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau

(KfW) beantragt werden. Die bisherige Mindestinvestitionssumme lag bei 2000 Euro. Dadurch wird das Angebot auch für Mieter viel interessanter.

Prävention allein reicht aber nicht aus. Genau so wichtig ist eine ausreichende Präsenz der Polizei vor Ort. Darum werden wir die Zahl der

Bundespolizisten in den nächsten Jahren noch einmal massiv erhöhen. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass der Wohnungseinbruchsdiebstahl endlich als Verbrechen mit einer Mindeststrafe von einem Jahr eingestuft wird.

Renten steigen im Osten um 3,6 Prozent

Gute Nachrichten für alle Rentner im Osten. Auch in diesem Jahr werden die Renten steigen, und zwar um 3,6 Prozent für alle Rentner im Osten sowie um 1,9 Prozent für die Westrentner. Damit kann die Kauf-

kraft der Rentner erhalten und insbesondere im Osten sogar weiter gesteigert werden.

Zugleich schreitet die Rentenangleichung zwischen Ost und West mit dieser Erhöhung weiter voran. Rentner

im Osten werden über 96 Prozent des Westrentenwerts erreichen. Die restliche Lücke wird von der in der Koalition geplanten Rentenangleichung geschlossen.